

Friedensbüro München e. V.

Isabellastr. 6, 80798 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus, Marienplatz 8

80331 München

Friedensbüro München e. V.:
Tel. / Fax 089/271 59 17
Spenden-Kto. Nr. 410 39-801
Postbank BLZ 700 100 80

München, 18.06.2009

Bundeswehrgelöbnis am 30.07.2009

Sehr geehrter Herr Ude,

Am 30.7. soll ein öffentliches Gelöbnis deutscher Soldaten auf dem Marienplatz stattfinden. Wir als Bürgerinnen und Bürger aus München und der Region München wollen das nicht, da dieses Ritual an unsere militärisch dominierte Vergangenheit anknüpft und der Bundeswehr ein Gewicht verleiht, das wir ihr nicht geben wollen. Deshalb bitten wir Sie als Oberbürgermeister der Stadt München, die Zustimmung zum öffentlichen Gelöbnis zurück zu ziehen.

Im Folgenden haben wir unsere Gründe zusammen gefasst.

Mit der Bitten um Ihre freundliche Antwort

Bernd Michl, Vorstand

Unsere Gründe:

- Ein öffentliches Gelöbnis deutscher Soldaten erweckt unweigerlich Erinnerungen an die Aufmärsche der Wehrmacht, damit an die Eroberungskriege der Nazis mit all ihren Opfern und Zerstörungen.
- Im demokratischen Staat unterliegen die Soldaten in einem besonderen Rechtsverhältnis den Gesetzen und Vorschriften und den dazugehörigen Sanktionsmechanismen, um ein rechtmäßiges Verhalten sicherzustellen. Ein Eid darüber hinaus kann Loyalität zum demokratischen Rechtsstaat nicht herstellen oder erzwingen, er ist im besten Fall eine leere, pseudo-religiöse Floskel.
- Der aktuelle Gelöbnistext, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen“ bezieht sich nicht konkret auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz definiert aber die Grenzen für den Einsatz der Bundeswehr. Der Bezug auf „das Recht“ ist fragwürdig, wenn Buchstabe und Geist dieses Grundgesetzes von der politischen Führung des Staates missachtet werden.

- Nach Art. 87 a GG ist der Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung zulässig (nach Maßgabe der weiteren Absätze des Art 87 a GG auch im Inneren). Die Verteidigung wird im Art. 115a definiert als Angriff auf das Territorium der BRD.
- Jeder Einsatz der Bundeswehr im Ausland verstößt also gegen „das Recht“, das die Soldaten verteidigen sollen. Ein Soldat der das Grundgesetz kennt und achtet, müsste die Teilnahme an den Auslandseinsätzen verweigern.
- Die Mehrheit der politischen Parteien wollen die Einsätze der Bundeswehr nicht eng an die UNO-Charta anbinden sondern sich alle Optionen offen halten, um die Bundeswehr als ein Instrument der Durchsetzung von Interessen und der Projektion von Macht verfügbar zu haben. Somit finden die Auslandseinsätze der Bundeswehr teils mit einem Mandat der UNO statt, teils ohne Mandat und damit gegen das Völkerrecht (so z.B. der Krieg gegen Jugoslawien bzw. Serbien).
- Die Bundeswehr steht heute wieder für militärische Machtpolitik, nicht für Völkerrecht, für friedlichen Ausgleich, für Gerechtigkeit und zivile Lösungen.
- Eine Bundeswehr als ein Instrument einer weltweiten Machtpolitik wird weder von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert, noch ist sie vom Grundgesetz oder Völkerrecht legitimiert.
- Das öffentliche Gelöbnis soll die Bundeswehr als akzeptiert und integriert und militärische Machtpolitik wieder als Normalität darstellen.
- Der Marienplatz hat sich in den letzten Jahrzehnten zum Forum der demokratischen und sozialen Bewegungen entwickelt. Das Rathaus repräsentiert die demokratische und zivile Gesellschaft dieser Stadt. Wir wehren uns gegen die Besetzung und Vereinnahmung dieses Platzes durch die Bundeswehr.

Unterstützer des Briefes:

(Stand 22.6.09)

Konstantin Wecker, Liedermacher
 Ecco Meineke, Kabarettist
 Ursula Uhrig, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung
 Sepp Röttmayr, Pax Christi
 Klaus Mähler, Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung
 Gertrud Scherer, Pax Christi
 Inge Ammon, Pfarrersfrau i.R.
 Ulla Klotz, Netzwerk Friedenssteuer
 Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes
 Wolfram Rohde-Liebenau, Ständiger Ausschuss Ökumenisches Netz Bayern
 Thomas Rödl, Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft- Vereinigte
 KriegsdienstgegnerInnen, LV Bayern
 Mechthild Schreiber, Forum Ziviler Friedensdienst Regionalgruppe Bayern
 Erwin Schelbert, Studiengesellschaft für Friedensforschung
 Gudrun Haas, Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.
 Elfi Padovan, NaturwissenschaftlerInnen Initiative
 Rosemarie Wechsler, Pax Christi
 Friedrich Müller u. Christina Schelle-Mueller,
 Gruppe öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg
 Andrea Behm, Rechtsanwältin
 Frank Winkler, Bike for Peace
 Brigitte Obermayer, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit